

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 352



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen 53. Jahrgang
23. Dezember 2010

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
II <i>Mitteilungen</i>		
MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION		
Europäische Kommission		
2010/C 352/01	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.6003 — Renco Group/Body Systems) ⁽¹⁾	1
2010/C 352/02	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.6065 — Axa Private Equity/CIR/KOS) ⁽¹⁾	1
2010/C 352/03	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.6030 — Bollore/CMA CGM/Terminal du Grand Ouest) ⁽¹⁾	2
2010/C 352/04	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5934 — Veolia Water UK and Veolia Voda/Subsidiaries of United Utilities Group) ⁽¹⁾	2
2010/C 352/05	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5992 — Sud-Chemie/Ashland/ASK JV) ⁽¹⁾	3
2010/C 352/06	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.5962 — SSI/QP/Oryx) ⁽¹⁾	3

DE

Preis:
3 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

IV *Informationen*

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2010/C 352/07	Euro-Wechselkurs	4
2010/C 352/08	Stellungnahme des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen abgegeben auf seiner Sitzung vom 9. September 2010 zu einem Beschlussentwurf in der Sache COMP/39.315 — ENI — Berichterstatter: Ungarn	5
2010/C 352/09	Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten — Sache COMP/39.315 — ENI	6
2010/C 352/10	Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission vom 29. September 2010 in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und Artikel 54 des EWR-Abkommens (Sache COMP/39.315 — ENI) (<i>Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2010) 6701</i>) ⁽¹⁾	8

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

2010/C 352/11	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden ⁽¹⁾	11
---------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

V *Bekanntmachungen*

VERWALTUNGSVERFAHREN

Europäische Kommission

2010/C 352/12	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Jahresarbeitsprogramms für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Energienetzes (TEN-E) für 2011 (Beschluss der Kommission K(2010) 9395)	13
---------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

*(Mitteilungen)*MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.6003 — Renco Group/Body Systems)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 352/01)

Am 30. November 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M6003 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.6065 — Axa Private Equity/CIR/KOS)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 352/02)

Am 14. Dezember 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
 - der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M6065 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.
-

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.6030 — Bollore/CMA CGM/Terminal du Grand Ouest)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 352/03)

Am 15. Dezember 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Französisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M6030 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.5934 — Veolia Water UK and Veolia Voda/Subsidiaries of United Utilities Group)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 352/04)

Am 28. Oktober 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M5934 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.5992 — Sud-Chemie/Ashland/ASK JV)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 352/05)

Am 29. November 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M5992 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.5962 — SSI/QP/Oryx)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2010/C 352/06)

Am 15. Dezember 2010 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates entschieden, keine Einwände gegen den obengenannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden beiden EU-Websites veröffentlicht:

- Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
 - der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/en/index.htm>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32010M5962 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.
-

IV

(Informationen)

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**22. Dezember 2010**

(2010/C 352/07)

1 Euro =

Währung	Kurs	Währung	Kurs		
USD	US-Dollar	1,3112	AUD	Australischer Dollar	1,3143
JPY	Japanischer Yen	109,68	CAD	Kanadischer Dollar	1,3322
DKK	Dänische Krone	7,4521	HKD	Hongkong-Dollar	10,1980
GBP	Pfund Sterling	0,84920	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7650
SEK	Schwedische Krone	8,9812	SGD	Singapur-Dollar	1,7168
CHF	Schweizer Franken	1,2502	KRW	Südkoreanischer Won	1 510,27
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	8,9211
NOK	Norwegische Krone	7,8715	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	8,7144
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,3914
CZK	Tschechische Krone	25,280	IDR	Indonesische Rupiah	11 856,37
EEK	Estnische Krone	15,6466	MYR	Malaysischer Ringgit	4,0985
HUF	Ungarischer Forint	276,20	PHP	Philippinischer Peso	57,958
LTL	Litauischer Litas	3,4528	RUB	Russischer Rubel	40,2825
LVL	Lettischer Lat	0,7098	THB	Thailändischer Baht	39,552
PLN	Polnischer Zloty	3,9928	BRL	Brasilianischer Real	2,2246
RON	Rumänischer Leu	4,2853	MXN	Mexikanischer Peso	16,1933
TRY	Türkische Lira	2,0355	INR	Indische Rupie	59,1315

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Stellungnahme des Beratenden Ausschusses für Kartell- und Monopolfragen abgegeben auf seiner Sitzung vom 9. September 2010 zu einem Beschlusssentwurf in der Sache COMP/39.315 — ENI

Berichterstatter: Ungarn

(2010/C 352/08)

1. Der Beratende Ausschuss teilt die von der Kommission in dem am 9. September 2010 übermittelten Beschlusssentwurf geäußerten Bedenken im Hinblick auf einen möglichen Verstoß gegen Artikel 102 AEUV und Artikel 54 EWR-Abkommen.
 2. Der Beratende Ausschuss teilt die Auffassung der Kommission, dass das Verfahren mit einem Beschluss nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 beendet werden kann.
 3. Der Beratende Ausschuss teilt die Auffassung der Kommission, dass die von ENI angebotenen Verpflichtungszusagen geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind.
 4. Der Beratende Ausschuss teilt die Auffassung der Kommission, dass es unbeschadet des Artikels 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 angesichts der von ENI angebotenen Verpflichtungszusagen keinen Grund mehr für ein Tätigwerden der Kommission gibt.
 5. Der Beratende Ausschuss bittet die Kommission, etwaige in der Diskussion angesprochene Punkte zu berücksichtigen.
 6. Der Beratende Ausschuss empfiehlt die Veröffentlichung seiner Stellungnahme im *Amtsblatt der Europäischen Union*.
-

Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten ⁽¹⁾

Sache COMP/39.315 — ENI

(2010/C 352/09)

Hintergrund

Diese Sache betrifft das Verhalten von ENI Spa („ENI“) auf dem Markt für den Erdgastransport nach Italien und auf den Erdgasversorgungsmärkten in Italien. Den vorläufigen Schlussfolgerungen der Kommission zufolge hat ENI möglicherweise seine marktbeherrschende Stellung im Sinne von Artikel 102 AEUV missbräuchlich ausgenutzt, indem es eine komplexe Strategie verfolgte, die auf die Verweigerung des Zugangs zu den Infrastrukturen für den Erdgastransport nach Italien, namentlich die gemeinsam mit dritten Unternehmen kontrollierten Fernleitungen TAG, TENP und Transitgas, hinauslief. Diese Strategie wurde möglicherweise umgesetzt, indem Wettbewerbern der Zugang zu verfügbaren Kapazitäten im Transportnetz verweigert wurde („Kapazitätshortung“), Zugang erschwert wurde (Kapazitätsverschlechterung) und indem aus strategischen Gründen Investitionen in das internationale Gasfernleitungsnetz von ENI beschränkt wurden (strategische Unterinvestition).

Verfahren

Die Ermittlungen in dieser Sache wurden von der Kommission von Amts wegen eingeleitet. Nach einer Nachprüfung und weiteren Ermittlungshandlungen eröffnete die Kommission 2007 ein Untersuchungsverfahren. Am 6. März 2009 wurde eine Mitteilung der Beschwerdepunkte erlassen und anschließend ENI übermittelt.

Nach der Bekanntgabe der Mitteilung der Beschwerdepunkte wurde ENI per DVD Akteneinsicht gewährt. ENI brachte dann eine Reihe von Fragen zum Verfahren der Akteneinsicht vor. So bemängelte ENI die Behandlung vertraulicher Informationen in der Akte und erklärte, es sei nicht möglich, den Inhalt der darin enthaltenen Unterlagen und Zusammenfassungen vollständig zu erfassen, da diese allzu stark bearbeitet wurden bzw. nicht aufschlussreich genug seien. Infolgedessen stellte ENI zwischen April und September 2009 zahlreiche weitere Anträge auf Akteneinsicht, die insbesondere Unterlagen der obengenannten gemeinsam kontrollierten Transportunternehmen betrafen. Einigen Anträgen wurde stattgegeben, die meisten aber wurden zurückgewiesen. Dennoch wurde mit den Auskunftsgewerbern, die ihre Zustimmung erteilten, ein Datenraumverfahren durchgeführt, um ENI einen umfassenderen Zugang zu den unkenntlich gemachten Stellen in den aus den Gemeinschaftsunternehmen stammenden Unterlagen zu gewähren.

In engem Zusammenhang mit den Anträgen von ENI auf weitere Akteneinsicht standen auch die wiederholten Anträge des Unternehmens auf Verlängerung der Frist für die Erwidern auf die Mitteilung der Beschwerdepunkte; ich genehmigte die Fristverlängerung, unter anderem um das Datenraumverfahren durchzuführen und um auf alle Anträge des Unternehmens auf Offenlegung unkenntlich gemachter Informationen einzugehen.

Drei Tage vor der mündlichen Anhörung ließ ich ein Erdgastransportunternehmen auf dessen Antrag hin als Dritten zu.

Die mündliche Anhörung fand am 27. November 2009 statt. Der einzige Dritte, der zu dem Verfahren zugelassen war, nahm nicht an der Anhörung teil.

Die Verpflichtungszusagen und der Entwurf des Beschlusses

ENI bestritt in seiner Erwidern auf die Mitteilung der Beschwerdepunkte und während der mündlichen Anhörung, dass die mutmaßlichen Verhaltensweisen wettbewerbsrechtlich bedenklich seien. Dennoch nahm ENI nach der mündlichen Anhörung Gespräche mit der Kommission über mögliche Verpflichtungserklärungen auf, um die in der Mitteilung der Beschwerdepunkte geäußerten Bedenken auszuräumen. Am 4. Februar 2010 legte ENI Verpflichtungszusagen vor, die die Bedenken der Kommission entkräften sollten. ENI bot im Rahmen dieser Verpflichtungen an, seine Anteile an den Betreibern der Erdgasfernleitungen TAG, TENP und Transitgas an einen geeigneten Erwerber zu veräußern, der weder von ENI abhängig noch mit diesem Unternehmen verbunden ist und prima facie wettbewerbsrechtlich unbedenklich erscheint. Ferner bot ENI an, TAG an ein von der italienischen Regierung kontrolliertes öffentliches Unternehmen zu veräußern.

Am 5. März 2010 veröffentlichte die Kommission nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 ⁽²⁾ eine Bekanntmachung im *Amtsblatt der Europäischen Union*, die eine Zusammenfassung der wettbewerbsrechtlichen Bedenken enthielt sowie die Aufforderung an betroffene Dritte, innerhalb eines Monats

⁽¹⁾ Gemäß Artikel 15 und 16 des Beschlusses 2001/462/EG, EGKS der Kommission vom 23. Mai 2001 über das Mandat von Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren (ABl. L 162 vom 19.6.2001, S. 21).

⁽²⁾ Alle nachstehenden Artikelverweise beziehen sich auf die Verordnung (EG) Nr. 1/2003.

nach Veröffentlichung der Bekanntmachung zu den unterbreiteten Verpflichtungszusagen Stellung zu nehmen. Daraufhin gingen insgesamt 14 Antworten ein, die von Transportunternehmen, einigen vertikal integrierten Transportunternehmen und zwei Regulierungsbehörden stammten.

Die Kommission unterrichtete ENI über das Ergebnis des Markttests. Am 10. Mai 2010 übermittelte ENI Erläuterungen zu den Stellungnahmen Dritter. Nach weiteren Kontakten mit der Kommission legte ENI am 8. Juli 2010 eine geänderte Fassung der Verpflichtungszusagen vor.

Angesichts der geänderten Verpflichtungszusagen ist die Kommission nun zu dem Schluss gelangt, dass das Verfahren durch einen Beschluss nach Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 abgeschlossen werden sollte.

ENI hat der Kommission gegenüber erklärt, hinreichenden Zugang zu den Informationen erhalten zu haben, die es seiner Ansicht nach benötigte, um Verpflichtungen anbieten zu können, mit denen die Wettbewerbsbedenken der Kommission ausgeräumt werden.

Ich habe in dieser Sache keine weiteren Anfragen oder Stellungnahmen von der Partei oder interessierten Dritten erhalten.

Daher stelle ich fest, dass das Recht auf Anhörung in dieser Sache gewahrt wurde.

Brüssel, den 13. September 2010

Michael ALBERS

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 29. September 2010

in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
und Artikel 54 des EWR-Abkommens

(Sache COMP/39.315 — ENI)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2010) 6701)

(Nur der italienische Text ist verbindlich)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 352/10)

Am 29. September 2010 erließ die Kommission einen Beschluss in einem Verfahren nach Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ⁽¹⁾. Gemäß Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates ⁽²⁾ veröffentlicht die Kommission im Folgenden die Namen der Parteien und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses einschließlich der verhängten Sanktionen, wobei sie dem berechtigten Interesse der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt. Eine nichtvertrauliche Fassung des Beschlusses ist auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb unter folgender Adresse verfügbar:

http://ec.europa.eu/competition/elojade/iseff/case_details.cfm?proc_code=1_39315

1. EINLEITUNG

- (1) Der Beschluss ist an die ENI SpA (im Folgenden „ENI“) gerichtet. Um die von der Kommission in der Mitteilung der Beschwerdepunkte geäußerten Bedenken auszuräumen, hat ENI Verpflichtungen angeboten, die mit dem Beschluss für bindend erklärt werden.

2. VERFAHREN

- (2) Am 5. Mai 2006 wurden unangekündigte Nachprüfungen in den Geschäftsräumen von ENI, seinen Tochtergesellschaften und den von ENI kontrollierten Unternehmen durchgeführt, die im Bereich des Gastransports nach und in Italien tätig sind. Am 20. April 2007 leitete die Kommission ein Verfahren nach der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates ⁽³⁾ und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 773/2004 der Kommission ⁽⁴⁾ ein. Am 6. März 2009 legte die Kommission ihre wettbewerbsrechtlichen Bedenken in einer Mitteilung der Beschwerdepunkte dar ⁽⁵⁾. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte wurde ENI mit Schreiben vom 9. März 2009 zugestellt. Am 1. Oktober 2009 widersprach ENI den darin getroffenen Feststellungen. Am 27. November 2009 fand eine mündliche Anhörung statt. Als Reaktion auf die in der Mitteilung der Beschwerdepunkte geäußerten Bedenken bot ENI

der Kommission am 4. Februar 2010 an, Verpflichtungen einzugehen ⁽⁶⁾. Am 5. März 2010 wurde nach Artikel 27 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 eine Bekanntmachung mit einer Zusammenfassung der Bedenken der Kommission und der angebotenen Verpflichtungen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht, in der interessierte Dritte aufgefordert wurden, innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung zu den Verpflichtungen Stellung zu nehmen ⁽⁷⁾. Am 27. April 2010 unterrichtete die Kommission ENI über die Stellungnahmen interessierter Dritter, die nach Veröffentlichung der Bekanntmachung eingegangen waren. Am 10. Mai 2010 übermittelte ENI Klarstellungen zu diesen Stellungnahmen. Die nach Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 verlangten zusätzlichen Auskünfte wurden von dem Unternehmen am 24. Mai 2010 erteilt.

- (3) Am 8. Juli 2010 übermittelte ENI eine geänderte Fassung der angebotenen Verpflichtungen, um den Antworten auf den Markttest Rechnung zu tragen (im Folgenden „endgültige Verpflichtungen“).
- (4) Der Beratende Ausschuss für Kartell- und Monopolfragen gab am 9. September 2010 eine befürwortende Stellungnahme ⁽⁸⁾ ab. Der Anhörungsbeauftragte legte seinen Abschlussbericht am 13. September 2010 vor ⁽⁹⁾.

3. IN DER MITTEILUNG DER BESCHWERDEPUNKTE GEÄUSSERTE BEDENKEN

- (5) In der Mitteilung der Beschwerdepunkte vertrat die Kommission die Auffassung, dass ENI seine beherrschende

⁽¹⁾ Mit Wirkung vom 1. Dezember 2009 sind an die Stelle der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag die Artikel 101 und 102 AEUV getreten. Die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag und die Artikel 101 und 102 AEUV sind im Wesentlichen identisch. Im Rahmen des Beschlusses sind Bezugnahmen auf die Artikel 101 und 102 AEUV als Bezugnahmen auf die Artikel 81 und 82 EG-Vertrag zu verstehen, wo dies angebracht ist.

⁽²⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 123 vom 27.4.2004, S. 18.

⁽⁵⁾ Nach Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 in Verbindung mit Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 773/2004. Die Mitteilung der Beschwerdepunkte stellt auch eine vorläufige Beurteilung im Sinne von Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 dar.

⁽⁶⁾ Nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003.

⁽⁷⁾ ABl. C 55 vom 5.3.2010, S. 13.

⁽⁸⁾ Siehe Seite 5 dieses Amtsblatts.

⁽⁹⁾ Siehe Seite 6 dieses Amtsblatts.

Stellung im Sinne von Artikel 102 AEUV missbraucht haben könnte, indem das Unternehmen für seine internationalen Fernleitungen, über die Gas nach Italien transportiert wird, systematisch und gezielt eine Strategie der *Lieferverweigerung* anwendete, insbesondere für die TENP⁽¹⁾-, die Transitsgas⁽²⁾- und die TAG-Fernleitung⁽³⁾.

- (6) Die systematische, gezielte Strategie der *Lieferverweigerung* könnte (durch Kapazitätshortung, durch ein Kapazitätsangebot in wenig attraktiver Form und durch strategische Beschränkung der Investitionen in den Ausbau der Kapazitäten) für die Wettbewerber von ENI die Möglichkeiten verringert haben, über das internationale Netz von ENI Gas nach Italien zu transportieren. Die Verschließung des Zugangs zu den Importleitungen würde daher die Fähigkeit und das Interesse der Wettbewerber beschränken, auf den nachgelagerten Gasversorgungsmärkten in Italien einen wirksamen Wettbewerb zu entwickeln. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass ENI die Strategie verfolgt haben könnte, die internationalen Transportkapazitäten bewusst knapp zu halten, um die Gaseinfuhren Dritter nach Italien zu begrenzen und seine Gewinne auf den nachgelagerten Gasversorgungsmärkten zu schützen. Nach Auffassung der Kommission hätte die Lieferverweigerungsstrategie in dieser Sache, wie in der Mitteilung der Beschwerdepunkte dargelegt, ihre Grundlage in dem Interessenkonflikt, in dem sich ein marktbeherrschender Anbieter wie ENI, der die Fernleitungen und gleichzeitig die Gasversorgung kontrolliert, zwangsläufig befindet. Diese Verhaltensweise ginge dann zulasten dritter Transportkunden und letztlich der Endverbraucher auf den nachgelagerten Gasversorgungsmärkten in Italien.

4. VERPFLICHTUNGEN

- (7) ENI hat sich verpflichtet, seine derzeitigen Beteiligungen an den Unternehmen, die die internationalen Gasfernleitungen (TENP, Transitsgas und TAG) betreiben, an einen geeigneten

(1) Über die TENP- und die Transitsgas-Fernleitung kann nordeuropäisches Gas über Deutschland und die Schweiz nach Italien eingeführt werden. Die TENP-Fernleitung wird von ENI (gemeinsam mit E.ON) kontrolliert. Denn ENI kontrolliert die Gas Transport GmbH, über die das Unternehmen eine Kontrollmehrheit von 49 % an der Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH & Co, der Eigentümerin und Betreiberin der TENP-Fernleitung, hält. ENI hat die ausschließliche Kontrolle über den Fernleitungsnetzbetreiber, die Eni Gas Transport Deutschland SpA., die die TENP-Fernleitung für den von ENI gehaltenen Teil der Transportrechte (d. h. [...] % ihrer Kapazität) betreibt.

(2) Die Transitsgas-Fernleitung wird von der ENI (gemeinsam mit Swissgas) kontrolliert. ENI ist mit 46 % an der Transitsgas AG beteiligt. ENI hat auch die ausschließliche Kontrolle über den Fernleitungsnetzbetreiber, die Eni Gas Transport International SA (ENI GTI), die die Transitsgas-Fernleitung für den von ENI gehaltenen Teil der Kapazitätsrechte verwaltet und betreibt (d. h. Erdgastransportleistungen erbringt, einschließlich der Vermarktung des von ENI gehaltenen Teils von rund [...] % der Kapazität dieser Fernleitung).

(3) Durch die TAG-Fernleitung kann Gas aus Russland nach Italien eingeführt werden. Gemeinsam mit OMV kontrolliert die ENI den Fernleitungsnetzbetreiber (Trans Austria Gasleitung GmbH), der sämtliche Kapazitätsrechte für den Transport von Erdgas durch die TAG-Fernleitung innehat. ENI hat Anspruch auf rund [...] % der Transportrechte für die bestehende Kapazität der TAG-Fernleitung.

Erwerber zu veräußern⁽⁴⁾, der von ENI *unabhängig und nicht* mit ihm *verbunden* ist und der *prima facie* *wettbewerbsrechtlich unbedenklich* erscheint.

- (8) Seine Beteiligung an der TAG-Fernleitung wird ENI an ein direkt oder indirekt vom italienischen Staat kontrolliertes öffentliches Unternehmen⁽⁵⁾ veräußern.
- (9) Ferner verpflichtet sich ENI, vom 22. Dezember 2009 bis zum Abschluss der Veräußerung in seiner Eigenschaft als Benutzer der TAG-, der TENP- und der Transitsgas-Fernleitung keinen Transportvertrag zu verlängern bzw. zu erneuern und keinen neuen Transportvertrag zu schließen, außer im Hinblick auf etwaige künftige Auktionen oder andere öffentliche Zuteilungsverfahren für Gegenstromkapazitäten zur Versorgung anderer Märkte als des italienischen Marktes.
- (10) Die endgültigen Verpflichtungen von ENI sind *ausreichend*, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken wirksam zu beseitigen. Denn das wettbewerbswidrige Verhalten von ENI war darauf zurückzuführen, dass es in seinem Interesse lag, die Margen bei der Gaslieferung zu schützen und gleichzeitig die Einnahmen aus dem Gastransport zu vernachlässigen. Unter der Voraussetzung, dass die Beteiligungen an den Fernleitungen an geeignete Erwerber veräußert werden, die von ENI unabhängig und nicht mit ihm verbunden sind und die *prima facie* wettbewerbsrechtlich unbedenklich erscheinen, sind die vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen daher geeignet, den sich aus der vertikalen Integration des Unternehmens ergebenden strukturellen Interessenkonflikt zu lösen.

- (11) Die Verpflichtungen in ihrer endgültigen Form sind auch *erforderlich*, da keine Verhaltenszusage die geäußerten Bedenken so wirksam beseitigen würde wie die Veräußerung der Beteiligungen an den Fernleitungsnetzbetreibern. Die Zusage von ENI, seine Beteiligungen an den internationalen Gasfernleitungen (TENP, Transitsgas und TAG) zu veräußern, ist eine strukturelle Maßnahme der in der Mitteilung der Beschwerdepunkte vorgesehenen Art. Ohne diese strukturelle Abhilfemaßnahme würde einem vertikal integrierten Gasunternehmen der Anreiz, sich weiter wettbewerbswidrig zu verhalten, nicht genommen und es bestünde daher die Gefahr, dass die mutmaßliche Zuwiderhandlung nicht wirksam abgestellt würde.

- (12) Nicht zuletzt wegen der großen Zahl der Gaskunden auf den nachgelagerten Märkten in Italien und des erheblichen potenziellen Schadens für sie sind die Verpflichtungen als *geeignet und angemessen* zu betrachten.

(4) Im Einzelnen hat ENI sich verpflichtet, seine Beteiligungen an den Fernleitungsnetzbetreibern und gegebenenfalls den Zweckgesellschaften zu veräußern, denen die Anteile an den Fernleitungsnetzbetreibern und die Vermögenswerte gehören.

(5) Nach Auffassung der Kommission kann die Cassa Depositi e Prestiti Spa als geeigneter Erwerber angesehen werden.

5. SCHLUSSFOLGERUNG

- (13) Auf der Grundlage der angebotenen Verpflichtungen wird in dem Beschluss festgestellt, dass für ein Tätigwerden der Kommission kein Anlass mehr besteht und dass daher in dieser Sache das Verfahren unbeschadet des Artikels 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 eingestellt werden sollte.
-

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) gewährt werden

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 352/11)

Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	SA. 31834
Mitgliedstaat	Italien
Referenznummer des Mitgliedstaats	—
Name der Region (NUTS)	Gorizia Mischgebiete
Bewilligungsbehörde	Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Gorizia Via Crispi 10 34170 Gorizia GO ITALIA http://www.go.camcom.gov.it/
Name der Beihilfemaßnahme	«Norme di attuazione del Regolamento per la gestione del Fondo Gorizia di cui alla legge 700 del 1975»
Einzelstaatliche Rechtsgrundlage (Fundstelle der amtlichen Veröffentlichung im Mitgliedstaat)	— Delibere n. 22/F.G. dd. 10.3.2010, n. 72/F.G. dd. 24.5.2010 e n. 143/FG dd. 16.9.2010, di modifica ed integrazione delle norme di attuazione della L. 700/1975 approvate con delibera n. 4/FG dd. 20.1.2009 — Delibera n. 155/FG dd. 17.11.2008 «Regolamento per la gestione del Fondo Gorizia» — Legge regionale Friuli Venezia Giulia n. 30 del 28.12.2007, art. 5, comma 76 — Legge 27 dicembre 1975, n. 700
Art der Maßnahme	Regelung
Änderung einer bestehenden Beihilfemaßnahme	Regelung X 368/09
Laufzeit	1.10.2010-31.12.2013
Betroffene Wirtschaftszweige	Anbau mehrjähriger Pflanzen, Anbau einjähriger Pflanzen, Forstwirtschaft und Holzeinschlag, Reparatur von Metallerezeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen, Süßwasseraquakultur, Sammlung von Abfällen, Abfüllen und Verpacken, Reisebüros, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Landverkehr, Werbeagenturen, Gemischte Landwirtschaft, Tierhaltung, Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten, Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Betrieb von Baumschulen sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken, Erbringung von landwirtschaftlichen Dienstleistungen, Technische, physikalische und chemische Untersuchung, Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln, Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern, Wäscherei und chemische Reinigung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen a. n. g., Frisör- und Kosmetiksalons, Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie, Fotografie und Fotolabors, Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design, Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen, Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie

Art des Beihilfeempfängers	KMU, Großunternehmen	
Gesamtes nach der Regelung vorgesehene Jahresbudget	8,00 EUR (in Mio.)	
Bei Garantien	—	
Beihilfeinstrumente (Artikel 5)	Zuschuss, Zinsgünstiges Darlehen (einschließlich Angaben über die Besicherung), Zinszuschuss	
Verweis auf die Kommissionsentscheidung	—	
Bei Kofinanzierung aus Gemeinschaftsmitteln	—	
Ziele	Beihilfehöchstintensität in % oder Beihilfehöchstbetrag in der Landeswährung	KMU-Aufschläge in %
Risikokapitalbeihilfen (Artikel 28-29)	1 500 000 EUR	—
Regelung	15 EUR	20 %
KMU-Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen (Artikel 15)	20 EUR	—
Beihilfen für neu gegründete kleine Unternehmen (Artikel 14)	25 EUR	—
Allgemeine Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 2)	60 EUR	20 %
Umweltschutzbeihilfen für Investitionen in Energiesparmaßnahmen (Artikel 21)	20 EUR	20 %
Beihilfen für die Anschaffung von neuen Fahrzeugen, die über die Gemeinschaftsnormen hinausgehen oder durch die bei Fehlen solcher Normen der Umweltschutz verbessert wird (Artikel 19)	35 EUR	20 %
Spezifische Ausbildungsmaßnahmen (Art. 38 Abs. 1)	25 EUR	20 %
KMU-Beihilfen für die Teilnahme an Messen (Artikel 27)	50 EUR	—
Umweltschutzbeihilfen für Investitionen zur Förderung erneuerbarer Energien (Artikel 23)	45 EUR	20 %
KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten (Artikel 26)	50 EUR	—

Weblink zum vollständigen Wortlaut der Beihilfemaßnahme:

http://www.go.camcom.gov.it/allegati/pdf/fondogorizia/norme_attuaz_L700_comm_servizi.pdf

V

(Bekanntmachungen)

VERWALTUNGSVERFAHREN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Jahresarbeitsprogramms für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Energienetzes (TEN-E) für 2011**(Beschluss der Kommission K(2010) 9395)**

(2010/C 352/12)

Hiermit fordert die Europäische Kommission, Generaldirektion Energie, zur Einreichung von Vorschlägen zwecks Vergabe von Finanzhilfen für Projekte nach Maßgabe der im Jahresarbeitsprogramm für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Energienetzes für 2011 festgelegten Prioritäten und Ziele auf.

Der für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für 2011 zur Verfügung stehende Höchstbetrag beläuft sich auf 24 150 000 EUR.

Schlusstermin der Aufforderung ist der 28. Februar 2011.

Der vollständige Wortlaut der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen kann unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/grants/index_en.htm

Aufforderung zur Bewerbung im Rahmen des Arbeitsprogramms für das gemeinsame Programm Eurostars

(2010/C 352/13)

Hiermit wird die Veröffentlichung einer Aufforderung zur Bewerbung im Rahmen des Arbeitsprogramms für das **gemeinsame Programm Eurostars** bekannt gegeben.

Für die folgende Aufforderung werden Bewerbungen erbeten: Eurostars-2011-CO6

Die Unterlagen der Aufforderung, einschließlich der Bewerbungsfrist, werden auf folgender Website veröffentlicht:

<http://www.eurostars-eureka.eu/>

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(2010/C 352/14)

1. Nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ gibt die Europäische Kommission bekannt, dass die unten genannten Antidumpingmaßnahmen zu dem in der nachstehenden Tabelle angegebenen Zeitpunkt außer Kraft treten, sofern keine Überprüfung nach dem folgenden Verfahren eingeleitet wird.

2. Verfahren

Die EU-Hersteller können einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen. Dieser Antrag muss ausreichende Beweise dafür enthalten, dass das Dumping und die Schädigung im Falle des Außerkrafttretens der Maßnahmen wahrscheinlich anhalten oder erneut auftreten würden.

Sollte die Kommission eine Überprüfung der betreffenden Maßnahmen beschließen, erhalten die Einführer, die Ausführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und die EU-Hersteller Gelegenheit, die im Überprüfungsantrag dargelegten Sachverhalte zu ergänzen, zu widerlegen oder zu erläutern.

3. Frist

Die EU-Hersteller können nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung auf der vorgenannten Grundlage einen schriftlichen Antrag auf Überprüfung stellen, der der Europäischen Kommission (Generaldirektion Handel, Referat H-1, N-105 4/92, 1049 Bruxelles/Brüssel, BELGIQUE/BELGIË) ⁽²⁾ spätestens drei Monate vor dem in nachstehender Tabelle angegebenen Zeitpunkt vorliegen muss.

4. Diese Bekanntmachung wird nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 veröffentlicht.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrland/-länder	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Zeitpunkt des Außerkrafttretens
Kaliumchlorid	Belarus Russland	Antidumpingzoll Verpflichtung	Verordnung (EG) Nr. 1050/2006 des Rates (ABl. L 191 vom 12.7.2006, S. 1)	13.7.2011

⁽¹⁾ ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 51.

⁽²⁾ Fax +32 22956505.

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER
WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

BESCHLUSS Nr. 717

vom 4. Oktober 2010

zur Eröffnung des Verfahrens für die Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Erdöl und Erdgas — Bodenschätze gemäß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 3 des Gesetzes über Bodenschätze — in „Block 1 Novi pasar“ in den Bezirken Rasgrad, Silistra, Dobritsch, Schumen und Warna, und für die Bekanntgabe der Ausschreibung zur Erteilung einer Genehmigung

(2010/C 352/15)

REPUBLIK BULGARIEN

DER MINISTERRAT

Gemäß Artikel 5 Ziffer 2, Artikel 42 Absatz 1 Ziffer 1 und Artikel 44 Absatz 3 des Gesetzes über Bodenschätze in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 Ziffer 16 und Paragraph 1 Ziffer 24a des Gesetzes über Energie

BESCHLIESST DER MINISTERRAT:

1. Es wird ein Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Rohöl und Erdgas in „Block 1 Novi pasar“ in den Bezirken Rasgrad, Silistra, Dobritsch, Schumen und Warna auf einer Fläche von 4 398 km², mit den Koordinaten auf den Begrenzungspunkten Nr. 1 bis Nr. 12, gemäß Anhang eröffnet.
2. Es wird bekanntgegeben, dass die Erteilung und Genehmigung gemäß Ziffer 1 durch Ausschreibung erfolgt.
3. Die Genehmigung zur Prospektion und Exploration ist auf 5 Jahre ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags über die Prospektion und Exploration befristet; sie ist gemäß Artikel 31 Absatz 3 des Gesetzes über Bodenschätze verlängerbar.
4. Die Frist für den Kauf der Ausschreibungsunterlagen läuft um 17.00 Uhr am 120. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
5. Die Frist für die Abgabe der Erklärung zur Teilnahme an der Ausschreibung läuft um 17.00 Uhr am 130. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
6. Die Frist für die Einreichung der Angebote gemäß den Ausschreibungsunterlagen läuft um 17.00 Uhr am 144. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
7. Die Angebotseröffnung erfolgt in Abwesenheit der Bieter.
8. Der Preis für die Ausschreibungsunterlagen wird auf 15 000 BGN festgesetzt. Die Ausschreibungsunterlagen sind in Zimmer 813 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus, Triadiza-Str. 8, Sofia, BULGARIA, innerhalb der in Ziffer 4 genannten Frist erhältlich.
9. Die Bieter müssen die Anforderungen des Artikels 23 Absatz 1 des Gesetzes über Bodenschätze erfüllen.

10. Die Angebote der Bieter werden auf der Grundlage der eingereichten Arbeitsprogramme, der Umweltschutz- und Schulungsinstrumente, Boni sowie ihrer administrativen und finanziellen Leistungsfähigkeit ausgewählt, wie in den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen.
11. Die Kaution für die Teilnahme an der Ausschreibung wird auf 20 000 BGN festgesetzt, zahlbar innerhalb der in Ziffer 5 genannten Frist auf das in den Ausschreibungsunterlagen angegebene Bankkonto des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.
12. Die Kaution nicht zugelassener Bieter wird binnen 14 Tagen ab dem Zeitpunkt zurückerstattet, an dem sie über die Nichtzulassung informiert werden.
13. Die Kaution des Bieters, der den Zuschlag erhält, wird nach Vertragsunterzeichnung zurückgezahlt; den übrigen Bietern wird sie binnen 14 Tagen nach Veröffentlichung des Beschlusses des Ministerrats über die Erteilung der Genehmigung zur Prospektion und Exploration im Staatsblatt der Republik Bulgarien zurückerstattet.
14. Die Erklärung über die Teilnahme an der Ausschreibung und die Angebote der Bieter gemäß den Ausschreibungsbedingungen sind im Gebäude des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus, Triadiza-Str. 8, Sofia, BULGARIA, in bulgarischer Sprache gemäß den Anforderungen des Artikels 46 des Gesetzes über Bodenschätze abzugeben.
15. Die Angebote sind gemäß den in den Ausschreibungsunterlagen genannten Anforderungen und Bedingungen auszufertigen.
16. Die Ausschreibung findet auch dann statt, wenn nur ein einziger Bieter zugelassen wird.
17. Der Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus wird ermächtigt,
 - 17.1 den Beschluss zur Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union*, im Staatsblatt der Republik Bulgarien und auf der Website des Ministerrats weiterzuleiten;
 - 17.2 die Ausschreibung zu organisieren und durchzuführen.
18. Gegen diesen Beschluss kann binnen 14 Tagen nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* vor dem Obersten Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt werden.

Der Ministerpräsident
Boyko BORISOV

Der Generalsekretär des Ministerrats
Rosen ZHELYAZKOV

Für den Generalsekretär des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Ivanka RAICHKOVA

Der Direktor der
Direktion für Rechtsfragen des
Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Veselin DRAGNEV

ANLAGE

LISTE DER KOORDINATEN

Koordinatensystem WGS 84

Nr.	Geografische Länge	Geografische Breite
1	27.000000	43.765300
2	28.000000	43.761200
3	28.000000	43.743499
4	27.969000	43.736500
5	28.002442	43.448378
6	28.000000	43.256597
7	27.601900	43.256600
8	27.601867	43.276767
9	27.159606	43.277669
10	27.159558	43.259661
11	27.011711	43.259581
12	27.011717	43.295597

Gesamtfläche — S = 4 398 km²

BESCHLUSS Nr. 767**vom 22. Oktober 2010****zur Eröffnung des Verfahrens für die Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Erdöl und Erdgas — Bodenschätze gemäß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 3 des Gesetzes über Bodenschätze — in „Block 2 Silistra“ in den Bezirken Silistra und Dobritsch und für die Bekanntgabe der Ausschreibung zur Erteilung einer Genehmigung**

(2010/C 352/16)

REPUBLIK BULGARIEN

DER MINISTERRAT

Gemäß Artikel 5 Ziffer 2, Artikel 42 Absatz 1 Ziffer 1 und Artikel 44 Absatz 3 des Gesetzes über Bodenschätze in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 2 Ziffer 16 und Paragraph 1 Ziffer 24a des Gesetzes über Energie

BESCHLIESST DER MINISTERRAT:

1. Es wird ein Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Rohöl und Erdgas in „Block 2 Silistra“ in den Bezirken Silistra und Dobritsch auf einer Fläche von 2 652 km², mit den Koordinaten auf den Begrenzungspunkten Nr. 1 bis Nr. 10, gemäß Anhang eröffnet.
2. Es wird bekanntgegeben, dass die Erteilung und Genehmigung gemäß Ziffer 1 durch Ausschreibung erfolgt.
3. Die Genehmigung zur Prospektion und Exploration ist auf 5 Jahre ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags über die Prospektion und Exploration befristet; sie ist gemäß Artikel 31 Absatz 3 des Gesetzes über Bodenschätze verlängerbar.
4. Die Frist für den Kauf der Ausschreibungsunterlagen läuft um 17.00 Uhr am 120. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
5. Die Frist für die Abgabe der Erklärung zur Teilnahme an der Ausschreibung läuft um 17.00 Uhr am 130. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
6. Die Frist für die Einreichung der Angebote gemäß den Ausschreibungsunterlagen läuft um 17.00 Uhr am 144. Tag nach Bekanntgabe dieses Beschlusses im *Amtsblatt der Europäischen Union* ab.
7. Die Angebotseröffnung erfolgt in Abwesenheit der Bieter.
8. Der Preis für die Ausschreibungsunterlagen wird auf 15 000 BGN festgesetzt. Die Ausschreibungsunterlagen sind in Zimmer 813 des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus, ul. Triaditsa 8, Sofia, BULGARIA, innerhalb der in Ziffer 4 genannten Frist erhältlich.
9. Die Bieter müssen die Anforderungen des Artikels 23 Absatz 1 des Gesetzes über Bodenschätze erfüllen.
10. Die Angebote der Bieter werden auf der Grundlage der eingereichten Arbeitsprogramme, der Umweltschutz- und Schulungsinstrumente, Boni sowie ihrer administrativen und finanziellen Leistungsfähigkeit ausgewählt, wie in den Ausschreibungsunterlagen vorgesehen.
11. Die Kaution für die Teilnahme an der Ausschreibung wird auf 20 000 BGN festgesetzt, zahlbar innerhalb der in Ziffer 5 genannten Frist auf das in den Ausschreibungsunterlagen angegebene Bankkonto des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus.
12. Die Kaution nicht zugelassener Bieter wird binnen 14 Tagen ab dem Zeitpunkt zurückerstattet, an dem sie über die Nichtzulassung informiert werden.
13. Die Kaution des Bieters, der den Zuschlag erhält, wird nach Vertragsunterzeichnung zurückgezahlt; den übrigen Bieter wird sie binnen 14 Tagen nach Veröffentlichung des Beschlusses des Ministerrats über die Erteilung der Genehmigung zur Prospektion und Exploration im Staatsblatt der Republik Bulgarien zurückerstattet.

14. Die Erklärung über die Teilnahme an der Ausschreibung und die Angebote der Bieter gemäß den Ausschreibungsbedingungen sind im Gebäude des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus, ul. Triaditsa 8, Sofia, BULGARIA in bulgarischer Sprache gemäß den Anforderungen des Artikels 46 des Gesetzes über Bodenschätze abzugeben.
15. Die Angebote sind gemäß den in den Ausschreibungsunterlagen genannten Anforderungen und Bedingungen auszufertigen.
16. Die Ausschreibung findet auch dann statt, wenn nur ein einziger Bieter zugelassen wird.
17. Der Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus wird ermächtigt,
 - 17.1 den Beschluss zur Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union*, im Staatsblatt der Republik Bulgarien und auf der Website des Ministerrats weiterzuleiten;
 - 17.2 die Ausschreibung zu organisieren und durchzuführen.
18. Gegen diesen Beschluss kann binnen 14 Tagen nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* vor dem Obersten Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt werden.

Der Ministerpräsident
Boyko BORISOV

Generalsekretär des Ministerrats
Rosen ZHELYAZKOV

Für den Generalsekretär des Ministers für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Vladimir TUDZHAROV

Der Direktor der
Direktion für Rechtsfragen des
Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus
Veselin DRAGNEV

ANLAGE

LISTE DER KOORDINATEN

Koordinatensystem WGS 84

Nr.	Geografische Länge	Geografische Breite
1	27.000000	44.132600
Staatsgrenze		
2	28.577300	43.739000
3	28.574400	43.732600
4	28.571800	43.722600
5	28.435000	43.722000
6	28.426500	43.687300
7	28.075700	43.760500
8	28.000000	43.743700
9	28.000000	43.761200
10	27.000000	43.765300

Gesamtfläche — $S = 2\,652\text{ km}^2$

STAATLICHE BEIHILFEN — SCHWEDEN

Staatliche Beihilfe C 29/10 (ex NN 42/10) — Mutmaßlicher Verkauf von öffentlichem Eigentum unter Marktpreis durch die Stadt Vänersborg**Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2010/C 352/17)

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2010, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Schweden von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV zu eröffnen.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Wettbewerb
 Registratur Staatliche Beihilfen
 Rue Joseph II 70
 1049 Bruxelles/Brussel
 BELGIQUE/BELGIË
 Fax +32 22961242

Alle Stellungnahmen werden Schweden übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

I. VERFAHREN

Am 26. Mai 2010 erhielt die Kommission eine Beschwerde, in der behauptet wurde, dass Schweden eine staatliche Beihilfe in Form von Immobiliengeschäften gewährt habe, die nicht zu dem geschätzten Marktpreis vorgenommen wurden.

II. BESCHREIBUNG DER MASSNAHME

Schweden hat bestätigt, dass die Stadt Vänersborg durch ihre hundertprozentige Immobiliengesellschaft Fastighets Aktiebolag Vänersborg AB (nachstehend „FABV“ genannt) die folgenden beiden Hauptgeschäfte getätigt hat:

1. Geschäft A: Am 13. Februar 2008 erwarb FABV von Chips AB die Produktionsstätte der Chips-Tochtergesellschaft Topp Livsmedel in Vänersborg (nachstehend „Produktionsstätte“ genannt) zum Preis von 17 Mio. SEK (1,7 Mio. EUR).
2. Geschäft B: Infolge einer Vereinbarung vom selben Tag, in der der Immobiliengesellschaft Hammar eine Option auf den Kauf der Produktionsstätte zu einem Festpreis eingeräumt wurde, verkaufte FABV die Produktionsstätte am 11. August 2008 für den vereinbarten Preis von 8 Mio. SEK (0,8 Mio. EUR) an Hammar.

III. BEIHLIFERECHTLICHE WÜRDIGUNG DER MASSNAHME

Sollte die Kommission zu dem Ergebnis kommen, dass die beiden Geschäfte nicht zu Marktbedingungen erfolgt sind, d. h., dass i) der von FABV an Chips AB gezahlte Kaufpreis für die Produktionsstätte über dem Marktpreis lag und/oder dass ii) FABV Hammar die Produktionsstätte unter dem Marktpreis ver-

kauft hat, wären beide Geschäfte grundsätzlich als staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV einzustufen.

Zum Bestehen eines Vorteils zugunsten des potenziellen Begünstigten schließt die Kommission vorläufig Folgendes:

Im Hinblick auf das Geschäft A stellt die Kommission fest, dass der von FABV für die Produktionsstätte gezahlte Kaufpreis laut Angabe unabhängiger externer Berater nicht über dem Marktwert zu liegen scheint. Daher kann ausgeschlossen werden, dass das Geschäft A ein Beihilfeelement umfasst, und es stellt daher keine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV dar.

Im Hinblick auf das Geschäft B hat die Kommission ernsthafte Zweifel, dass der Preis, zu dem FABV die Produktionsstätte an Hammar verkauft hat, d. h. 8 Mio. SEK (0,8 Mio. EUR), dem Marktwert entsprach. Der Marktwert ist zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, da vor dem Verkauf kein Bieterverfahren durchgeführt wurde und FABV auch keine unabhängige Studie zum Wert der Produktionsstätte in Auftrag gegeben hat. Da Hammar jedoch die Produktionsstätte schon nach wenigen Monaten für 40 Mio. SEK (4 Mio. EUR) an einen lokalen privaten Unternehmer verkauft hat, liegt die Vermutung nahe, dass das Geschäft B ein Beihilfeelement umfasst, das in der Differenz zwischen dem von Hammar für die Produktionsstätte gezahlten Preis und dem tatsächlichen Marktwert dieser besteht.

Sollte das Geschäft B als staatliche Beihilfe eingestuft werden, so hat die Kommission Zweifel, dass eine solche staatliche Beihilfe mit der Begründung, dass ein Ziel von gemeinsamem Interesse vorliegt, mit dem Binnenmarkt vereinbar wäre.

Abschließend weist die Kommission darauf hin, dass gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden können.

SCHREIBEN

„Kommissionen önskar genom denna skrivelse informera Sverige om att den, efter granskning av de upplysningar som tillhandahållits av Era myndigheter angående stödet i fråga, har beslutat att inleda förfarandet enligt artikel 108.2 i fördraget om Europeiska unionens funktionssätt (nedan kallat *EUF-fördraget*).

I. FÖRFARANDE

- (1) Genom en skrivelse av den 26 maj 2009, registrerad den 16 juni 2009, mottog kommissionen ett klagomål rörande ett påstått statligt stöd genom försäljning av offentlig egendom under marknadspris.
- (2) Den 27 oktober 2009 vidarebefordrade kommissionen en icke-konfidentiell version av klagomålet till de nationella myndigheterna. Sverige lämnade svar genom en skrivelse av den 30 november 2010, registrerad samma dag.
- (3) Den 9 mars 2010 begärde kommissionen ytterligare upplysningar som Sverige tillhandahöll genom en skrivelse av den 20 april 2010.
- (4) Den 11 maj 2010 mottog kommissionen upplysningar som lämnats av Chips AB.

II. BESKRIVNING

Berörda parter

- (5) Vänersborg (nedan kallat *Vänersborg* eller *kommunen*) ligger i Västra Götalands län, nära norska gränsen. I enlighet med Sveriges regionala stödkarta 2007–2013⁽¹⁾ är detta inte något stödområde, eftersom inkomster och sysselsättningsgrad överensstämmer med det nationella genomsnittet.
- (6) Chips AB, en tillverkare av potatischips med säte i Mariehamn i Finland, är verksam i Norden och Baltikum och har en konsoliderad omsättning på ungefär 2,6 miljarder SEK (260 miljoner EUR⁽²⁾) per år och omkring 800 anställda. År 2005 förvärvades Chips av den norska gruppen Orkla ASA, vars verksamheter innefattar märkesvaror, specialmaterial och investeringsverksamhet.
- (7) Topp Livsmedel (nedan kallat *Topp*) var ett dotterbolag till Chips AB som tillverkade djupfrysta grönsaker i Vänersborg och hade omkring 30 anställda (som mest sysselsatte företaget 86 personer). I slutet av 2007 aviserade Chips AB en nedläggning av produktionen vid Topp och inledde försäljningen av produktionsanläggningen.
- (8) Hammar Nordic AB är ett privat fastighetsbolag med säte i Trollhättan i Västra Götalands län. Det sysselsätter för närvarande 14 personer och hade år 2009 en omsättning på ungefär 10 miljoner SEK (omkring 1 miljon EUR), varför det motsvarar definitionen av småföretag i bilaga I i kommissionens förordning (EG) nr 70/2001 om

tillämpningen av artiklarna 87 och 88 i EG-fördraget på statligt stöd till små och medelstora företag⁽³⁾. Hammar Nordic Plugg AB är ett dotterbolag till Hammar Nordic AB. Såvitt kommissionen förstår bildades Hammar Nordic Plugg AB enkom med anledning av de transaktioner som detta beslut avser. Det är driftsmässigt avhängigt sitt moderbolag, förefaller inte ha verksamhet eller tillgångar förutom de som avses i detta beslut, vilket gör att det kan antas att eventuella ekonomiska fördelar som beviljas Hammar Nordic Plugg AB också ytterst gynnar Hammar Nordic AB. Kommissionen kommer följaktligen att i detta beslut betrakta båda bolagen som en ekonomisk enhet och kommer i det följande att gemensamt beteckna dem *Hammar*.

- (9) Fastighets Aktiebolag Vänersborg AB (nedan kallat *FABV*) är ett fastighetsbolag som helt ägs av kommunen.

III. ÅTGÄRDERNA

- (10) Beslutet avser två transaktioner:

Transaktion A

- (11) Den 13 februari 2008 köpte kommunen Topps produktionsanläggning (nedan kallad *anläggningen*⁽⁴⁾) av Chips AB för 17 miljoner SEK (1,7 miljoner EUR) via FABV.
- (12) Samma dag ingick FABV två överenskommelser med Hammar. Den första överenskommelsen var ett hyresavtal enligt vilket FABV skulle hyra ut hela anläggningen till Hammar (varefter Hammar hyrde ut anläggningen i andra hand till lokala företagare som fortsatte produktionen på platsen). Den andra överenskommelsen bestod i en option som gav Hammar möjlighet att köpa anläggningen av FABV till ett förutbestämt pris av 8 miljoner SEK (0,8 miljoner EUR) när som helst under perioden mellan den 1 mars 2008 och den 28 februari 2010.

Transaktion B

- (13) Transaktion B ägde rum den 11 augusti 2008 när Hammar utnyttjade sin option och förvärvade anläggningen av FABV till det överenskomna priset av 8 miljoner SEK (0,8 miljoner EUR).
- (14) Den 30 juli 2008 (dvs. innan optionen utnyttjades) under-tecknade Hammar ett preliminärt avtal med de lokala företagare som redan hyrde anläggningen i andra hand om att sälja anläggningen till dem för 40 miljoner SEK (4 miljoner EUR). Överlåtelsen genomfördes den 2 september 2008.

IV. SYNPKUNKTER SOM FRAMFÖRTS AV KLAGANDEN, SVERIGE SAMT CHIPS AB

- (15) Klaganden hävdar att anläggningen (som FABV köpte för 17 miljoner SEK och sex månader senare sålde till Hammar för 8 miljoner SEK) såldes av kommunen till Hammar under marknadsvärde och – eftersom FABV:s beslut om försäljning kan tillskrivas kommunen – utgör detta olagligt och oförenligt statligt stöd till Hammar.

⁽³⁾ EGT L 10, 13.1.2001, s. 33.

⁽⁴⁾ Anläggningen består av två fastigheter, lös egendom samt immateriella tillgångar (t.ex. varumärket). Fastigheterna har beteckningarna Vänersborg Esslingetorp 1:49 respektive Vänersborg Esslingetorp 1:57. Alla byggnader och andra fasta tillgångar fanns på den första tomt.

⁽¹⁾ EUT C 34, 16.2.2007, s. 2.

⁽²⁾ Uppgifterna i euro är rent indikativa. I beslutet utgår från kursen 1 EUR = 10 SEK.

- (16) Sverige har anfört att kommunens enda mål med att köpa anläggningen via FABV var att säkra produktionen och arbetstillfällena. Eftersom företaget inte avsåg att driva verksamheten själv valde kommunen den lösning som föreslogs av Hammar, dvs. uthyrning med köpoption. Sverige har medgivit att den option som Hammar beviljades krävde ett kapitaltillskott på 9 miljoner SEK (0,9 miljoner EUR) från kommunens budget till FABV för att täcka den förlust som skulle uppstå om Hammar utnyttjade optionen.
- (17) Sverige har medgivit att försäljningen till Hammar inte gjordes genom ett öppet anbudsförfarande och att det inte förekommit någon sakkunnig värdering av anläggningen.
- (18) Sverige anser att både priset vid tiden för köpet av anläggningen och det pris som den därefter såldes för till Hammar kan sägas ha varit kommersiellt motiverat eftersom kommunens huvudsyfte å ena sidan var att göra fastigheten tillgänglig för affärsverksamhet och därigenom säkra arbetstillfällena och å andra sidan att det framförhandlade priset förväntades öka med tiden, vilket sedermera bevisades genom att Hammar sålde anläggningen för 40 miljoner SEK. Sverige anför att det sanna marknadsvärdet på anläggningen snarare är lika med de 8 miljoner SEK som den såldes för till Hammar än de 17 miljoner SEK som betalades till Chips AB.
- (19) I sin inlägga hävdar Chips AB att anläggningens verkliga marknadsvärde under inga omständigheter kunde anses vara mindre än 17 miljoner SEK. När Chips AB beslöt att avyttra de aktuella tillgångarna uppdrog företaget åt fastighetskonsulten Colliers International att göra en uppskattning av försäljningspriset. Efter en försiktig beräkning, bl.a. på grundval av gängse normer för värdering av affärsfastigheter, uppskattades det lägsta skäligena försäljningspriset (för bara fastigheterna) vara 27 miljoner SEK (2,7 miljoner EUR). Denna uppskattning bestyrktes av att flera intressenter under försäljningsprocessen – som initierades av Chips AB och som ledde till att FABV köpte anläggningen – angav att priset skulle kunna överstiga 30 miljoner SEK (3 miljoner EUR). Chips AB godtog FABV:s lägre anbud på 17 miljoner SEK av tre skäl: a) de räddade arbetstillfällena skulle gynna Chips AB:s och Orklas anseende, b) de eventuella köparna var beredda att köpa anläggningen 'i befintligt skick' dvs. utan några garantier från Chips AB med avseende på ersättningsansvar för miljöskador etc. och c) eftersom en uppgörelse med FABV kunde genomföras snabbt.
- (20) Chips AB anser att det pris som det fick av FABV för anläggningen inte var högre än marknadsvärdet och att försäljningen följaktligen inte kan ha innehållit några inslag av statligt stöd till förmån för Chips AB.

V. PRELIMINÄR BEDÖMNING

- (21) Kommissionen har vid första anblick skäl att tro att transaktion B kan ha inbegripit statligt stöd i den mening som avses i artikel 107.1 i EUF-fördraget och, om så är fallet, att ifrågasätta huruvida detta stöd är förenligt med den inre marknaden i enlighet med artikel 107.3 c i EUF-fördraget.

1. Förekomst av statligt stöd

- (22) Enligt artikel 107.1 i EUF-fördraget är stöd som ges av en medlemsstat eller med hjälp av statliga medel, av vilket

slag det än är, som snedvrider eller hotar att snedvrida konkurrensen genom att gynna vissa företag eller viss produktion, oförenligt med den inre marknaden i den utsträckning som det påverkar handeln mellan medlemsstaterna'. I samband härmed bör noteras att det enligt EU:s regler för statligt stöd föreligger överföring av statliga medel både när staten köper en tillgång över marknadsvärdet (eftersom säljaren får mer av staten än vad tillgången är värd) och när staten säljer en tillgång under marknadsvärdet (eftersom köparen får en tillgång som är värd mer än det betalade priset).

- (23) För det första kan båda de potentiella stödmottagarna av det föregivna statliga stödet, dvs. Chips AB och Hammar, betraktas som företag eftersom de bedriver ekonomiska verksamheter och erbjuder varor och tjänster på marknaden⁽¹⁾.
- (24) För det andra genomfördes båda transaktionerna av kommunen via FABV. FABV ägs helt av kommunen, som måste täcka företagets potentiella förluster, och dess styrelse består av personer som ingår i kommunledningen. Vidare var kommunen tvungen att tillföra FABV kapital så att företaget skulle kunna genomföra transaktionen och Sverige har medgivit att kommunen via FABV drev sina egna mål att bevara arbetstillfällena och produktion inom kommunen (se skäl 16 ovan). Därför kan FABV:s beslut tillskrivas staten⁽²⁾ (dvs. kommunen) och i den utsträckning de får ekonomiska följder innebär de användning av statliga medel.
- (25) För det tredje måste de aktuella transaktionerna betraktas som selektiva åtgärder eftersom de gynnade ett specifikt företag, dvs. Hammar och/eller Chips AB.
- (26) För det fjärde skulle det föregivna statliga stödet kunna snedvrida konkurrensen och påverka handeln inom gemenskapen (och EES). Chips AB en del av Orkla, en grupp som är verksam i flera medlemsstater och har verksamheter inom sektorer som exempelvis livsmedelsprodukter och specialmaterial med livlig konkurrens och handel inom gemenskapen (och EES). Hammar är, trots sin huvudsakligen lokala verksamhet, aktivt på fastighetsmarknaden där effekter på handeln inom gemenskapen (och EES) och konkurrensen inte kan uteslutas, i synnerhet med tanke på att kommunen ligger nära den norska gränsen och att en bred definition av dessa kriterier är tillämplig inom statsstödsreglerna⁽³⁾.
- (27) Slutligen måste kommissionen förvissa sig om huruvida transaktionerna, eller någon av dem, uppfyller det fjärde kriteriet för statligt stöd, dvs. om den ena eller båda transaktionerna gynnar mottagaren av stödet. Konkret återstår att klargöra om i) det pris som FABV betalade för att köpa

⁽¹⁾ Jfr mål C-35/96 kommissionen mot Italien, REG 1998, punkt 36.

⁽²⁾ Jfr mål C-482/99 Stardust Marine, REG 2002, s. I-04397.

⁽³⁾ Jfr kommissionens beslut av den 30 januari 2008 om det statliga stöd C 35/2006 som Sverige genomfört till förmån för Konsum Jämtland Ekonomisk Förening (EUT L 126, 14.5.2008, s. 3), enligt vilket '[k]onkurrensen påverkades genom snedvridningen av allokeringen av egendom mellan konkurrerande företag. [...] Snedvridningen av konkurrensen förefaller vara av tämligen lokal karaktär och påverkan på handeln mellan medlemsstaterna torde vara tämligen begränsad'. Därtill kommer att kommissionen har uppgifter som tyder på att norska köpare tidigare har visat intresse för att förvärva anläggningen.

anläggningen från Chips AB var högre än marknadsvärdet och/eller ii) om FABV sålde anläggningen till Hammar till ett pris under marknadsvärdet (således en överföring av statliga medel till Chips AB alternativt Hammar).

i) FABV:s köp av anläggningen av Chips AB

(28) I fråga om transaktion A noterar kommissionen att Chips AB före försäljningsförhandlingarna uppdrog åt konsulten Colliers International att göra en värdering av Topps anläggning. I denna studie, som har överlämnats till kommissionen, rekommenderades ett lägsta försäljningspris på 27 miljoner SEK bara för fastigheterna. Kommissionen noterar att studien utförts av tredje man (som var oberoende både i förhållande till säljaren och köparen) med bred erfarenhet av fastighetssektorn. Den beställdes av Chips i samband med försäljningen av anläggningen, dvs. i ett sammanhang där Chips rimligen inte hade några andra intressen än att få en korrekt uppskattning av anläggningens marknadsvärde. På denna grundval har kommissionen inget uppenbart skäl att ifrågasätta tillförlitligheten hos Colliers Internationals värdering.

(29) Chips AB har lämnat förklaringar angående sitt godtagande av FABV:s anbud på 17 miljoner SEK för hela anläggningen, trots expertutvärderingen och trots ett annat anbud på 30 miljoner SEK som det fick för bara fastigheten. Chips AB hävdar att dess agerande, i egenskap av en stor internationell grupp, främst motiverades av prioriteten att avyttra Topps lilla och förlustbringande verksamhet än att maximera ett relativt obetydligt försäljningspris, och att Chips var berett att godta ett lägre anbud för att undvika den försämring av företagets anseende som skulle kunna uppstå vid en fabriksnedläggning med åtföljande förslut av arbetstillfällen (anbudet på 30 miljoner SEK skulle bara ge upphov till omkring 8 arbetstillfällen medan många fler skulle ha räddats genom en försäljning av hela anläggningen under antagande om fortlevnad). Chips AB tillägger också att det nominellt högre anbudet bara för fastigheten skulle innebära högre transaktionskostnader eftersom maskiner samt immateriella rättigheter skulle behöva säljas separat.

(30) Med ledning av ovanstående information förefaller det inte som om det pris som FABV betalade för att köpa anläggningen av Chips AB var högre än marknadsvärdet. Kommissionen finner därför inga skäl till att anse att transaktion A utgör statligt stöd i den mening som avses i artikel 107.1 i EUF-fördraget.

ii) FABV:s försäljning av anläggningen till Hammar

(31) I punkt 1 i kommissionens meddelande om inslag av stöd vid statliga myndigheters försäljning av mark och byggnader⁽¹⁾ (nedan kallat *meddelandet*) utesluts förekomsten av statligt stöd till förmån för köparen när försäljningen följer på 'ett vederbörligen offentliggjort, öppet och villkorslöst anbudsförfarande [...] där det bästa eller det enda anbudet antas'.

(32) Enligt de av Sverige lämnade upplysningarna förefaller FABV inte ha anordnat något anbudsförfarande inför

försäljningen av anläggningen, varför det inte går att göra någon preliminär bedömning av den särskilda karaktär som ett sådant förfarande har.

(33) Enligt punkt 2 i meddelandet bör, om överlåtelsen sker utan villkorslöst anbudsförfarande, en 'oberoende värdering genomföras av en eller flera oberoende värderingsmän före förhandlingarna om överlåtelsen för att fastställa marknadsvärdet på grundval av allmänt accepterade marknadsindikatorer och värderingsstandarder'.

(34) I det fall överlåtelsen inte sker på grundval av ett öppet och villkorslöst anbudsförfarande eller om den äger rum utan ett sådant förfarande eller till ett pris som ligger under marknadsvärdet sådant det fastställts av oberoende värderingsmän, framgår vidare följande av punkt 3 i meddelandet: 'Utan att det påverkar tillämpningen av regeln om försumbart stöd skall medlemsstaterna således till kommissionen göra anmälan om följande transaktioner för att göra det möjligt för den att fastställa om statligt stöd förekommer och, om så är fallet, att göra en bedömning av dess förenlighet med den gemensamma marknaden'.

(35) På grundval av den informationen som står till dess förfogande noterar kommissionen att FABV, i avsaknad av ett öppet och villkorslöst anbudsförfarande, inte begärde någon oberoende värdering av anläggningen före försäljningsförhandlingarna.

(36) Trots att någon oberoende värdering inte beställdes av FABV före försäljningsförhandlingarna finns det – eftersom FABV sålde anläggningen till Hammar – viss information som gör det möjligt att sluta sig till anläggningens möjliga marknadsvärde.

(37) Med hänsyn till att avtalet om försäljning till de lokala företagarna ingicks redan före transaktion B, och alltså slöts mellan privata aktörer som förmodligen utgick från rent affärsmässiga överväganden och att värdet på 40 miljoner SEK sannolikt torde utgöra en försiktig uppskattning eftersom försäljningen inte avsåg hela den fast egendomen och eventuellt också uteslöt varumärket, samt med tanke på att en tidigare oberoende utvärdering som beställts av Chips angivit ett försäljningspris på 27 miljoner SEK bara för fastigheterna, betvivlar kommissionen att det pris (8 miljoner SEK) till vilket FABV sålde anläggningen till Hammar avspeglar marknadsvärdet. Kommissionen anser därför preliminärt att det finns goda skäl att anse att 40 miljoner SEK är en mer rättvisande återspeglning av anläggningens marknadsvärde. Om FABV hade sålt anläggningen i ett öppet och icke-diskriminerande förfarande skulle det med all sannolikhet ha fått samma pris av denna köpare.

(38) Kommissionen har vidare inte några uppgifter som tillåter den att bedöma marknadsmässigheten av det hyresavtal som slöts mellan FABV och Hammar den 13 februari 2008 och av priset på den option som Hammar beviljades för att köpa anläggningen (se skäl 11–12) vilka, med hänsyn till de omständigheter under vilka dessa avtal ingicks, också kan inbegripa statligt stöd. Kommissionen uppmanar sålunda de svenska myndigheterna att lämna kommentarer också på dessa punkter.

(¹) EGT C 209, 10.7.1997, s. 5.

(39) Det ovan anförda leder till den preliminära slutsatsen att FABV:s försäljning av anläggningen gav Hammar en fördel – och följaktligen statligt stöd – vilket preliminärt uppskattas till skillnaden mellan det pris som Hammar betalade till FABV och det pris som Hammar sålde anläggningen för enligt avtalet av den 30 juli 2008.

2. Det statliga stödets förenlighet med den inre marknaden

(40) Enligt artikel 107.3 c i EUF-fördraget kan stöd för att underlätta utveckling av vissa näringsverksamheter eller vissa regioner anses vara förenligt med den inre marknaden, när det inte påverkar handeln i negativ riktning i en omfattning som strider mot det gemensamma intresset.

(41) När kommissionen tillämpar denna fördragsbestämmelse måste den förvissa sig om att det föreslagna stödet bidrar till uppnåendet av gemenskapens mål och är nödvändigt och proportionerligt för att förverkliga dessa mål.

(42) Det enda mål som de svenska myndigheterna uppgivit för de aktuella transaktionerna var den politiska avsikten att bevara företagens fortlevnad och att samtidigt rädda selsättning i Vänersborg, även om denna kommun inte ligger i något stödområde (se skäl 5 ovan).

(43) I nuvarande skede noterar kommissionen att detta mål endast vore relevant med avseende på transaktion A, som enligt de svenska myndigheterna gjorde att 30 arbetstillfällen kunde räddas, och kommissionen har för närvarande inga skäl att anse att denna transaktion har inslag av statligt stöd (se skäl 28-30). Under alla omständigheter beaktas denna typ av mål i meddelandet från kommissionen – Gemenskapens riktlinjer för statligt stöd till undsättning och omstrukturering av företag i svårigheter⁽¹⁾ och varken Sverige eller Hammar har hittills lämnat några uppgifter som kan visa att de villkor som fastställs genom riktlinjerna är uppfyllda.

(44) Vad beträffar möjliga mål av gemensamt intresse som särskilt avser transaktion B, i det fall den skulle fastslås vara statligt stöd som gynnar Hammar, har några andra skäl för förenlighet inte åberopats av de svenska myndigheterna.

(45) Det har under alla omständigheter hittills inte i tillräckligt hög grad visats att transaktion B var nödvändig och proportionerlig för att uppnå eventuella mål av gemensamt intresse. Utan att åsidosätta eventuella väsentliga argument som framförts av medlemsstaten eller berörda parter hyser kommissionen därför i detta skede allvarliga tvivel om det föreligger giltiga skäl till att förklara dem förenliga med den inre marknaden enligt artikel 107.3 i EUF-fördraget, i det fall transaktionerna befins utgöra statligt stöd i den mening som avses i artikel 107.1 i EUF-fördraget.

VI. SLUTSATSER

(46) I ljuset av vad som ovan anförts har kommissionen anledning att ifrågasätta om transaktion B (enligt ovanstående beskrivning) utgör statligt stöd och, om så är fallet, huruvida detta stöd är förenligt med den inre marknaden enligt artikel 107.3 c i EUF-fördraget.

Av ovan anförda skäl uppmanar kommissionen, i enlighet med det förfarande som anges i artikel 108.2 i EUF-fördraget, Sverige att inom en månad efter mottagandet av denna skrivelse inkomma med synpunkter och tillhandahålla alla upplysningar som kan bidra till bedömningen av stödet. Kommissionen uppmanar Era myndigheter att omedelbart översända en kopia av denna skrivelse till den potentiella stödmottagaren.

Kommissionen påminner Sverige om att artikel 108.3 i EUF-fördraget har uppskjutande verkan och hänvisar till artikel 14 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, som föreskriver att allt olagligt stöd kan återkrävas från mottagaren.

Kommissionen meddelar Sverige att alla berörda parter kommer att underrättas genom ett offentliggörande av denna skrivelse och en sammanfattning av den i *Europeiska unionens officiella tidning*. Kommissionen kommer även att underrätta berörda parter i de Eftaländer som är avtalsslutande parter i EES-avtalet genom att offentliggöra ett tillkännagivande i EES-supplementet till *Europeiska unionens officiella tidning*, samt Eftas övervakningsmyndighet som tillställs en kopia av denna skrivelse. De berörda parterna kommer att uppmanas att inkomma med synpunkter inom en månad från dagen för offentliggörandet.“

⁽¹⁾ EUT C 244, 16.2.2004, s. 2.

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Mitteilung an die Personen und Organisationen, die nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 der Kommission in die Liste nach Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen, aufgenommen wurden

(2010/C 352/18)

1. Mit dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/369/GASP⁽¹⁾ wird die Gemeinschaft aufgefordert zum Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen und daher in der nach den Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen UNSCR 1533(2004), 1596(2005), 1807(2008) und 1857(2008) erstellten Liste aufgeführt sind, welche von dem gemäß UNSCR 1533(2004) eingesetzten VN-Ausschuss regelmäßig zu aktualisieren ist.

Auf der von dem genannten Ausschuss der Vereinten Nationen erstellten Liste stehen:

- Personen oder Einrichtungen, die unter Verstoß gegen das Waffenembargo und die damit zusammenhängenden Maßnahmen nach Artikel 1 tätig werden,
- die politischen und militärischen Führer der in der Demokratischen Republik Kongo operierenden ausländischen bewaffneten Gruppen, die die Entwaffnung und die freiwillige Repatriierung oder Neuansiedlung der diesen Gruppen angehörenden Kombattanten behindern,
- die politischen und militärischen Führer der kongolesischen Milizen, die Unterstützung von außerhalb der Demokratischen Republik Kongo erhalten, die die Beteiligung ihrer Kombattanten an den Prozessen der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung behindern,
- die politischen und militärischen Führer, die in der Demokratischen Republik Kongo tätig sind und die unter Verstoß gegen das anwendbare Völkerrecht Kinder in bewaffneten Konflikten einziehen oder einsetzen,
- Personen, die in der Demokratischen Republik Kongo tätig sind und die schwere Verstöße gegen das Völkerrecht begehen, namentlich das gezielte Vorgehen gegen Kinder oder Frauen in Situationen bewaffneter Konflikte, einschließlich Tötung und Verstümmelung, sexueller Gewalt, Entführung und Vertreibung,
- Personen, die den Zugang zur humanitären Hilfe oder deren Verteilung im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo verhindern,
- Personen oder Einrichtungen, die illegale bewaffnete Gruppen im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo durch illegalen Handel mit natürlichen Ressourcen unterstützen.

2. Der VN-Ausschuss hat am 1. Dezember 2010 beschlossen, vier natürliche Personen in die einschlägige Liste aufzunehmen. Die betroffenen natürlichen Personen können jederzeit einen mit Belegen versehenen Antrag auf Überprüfung des Beschlusses, sie in die vorstehend genannte Liste der Vereinten Nationen aufzunehmen, an den Ausschuss der Vereinten Nationen richten. Der Antrag ist an folgende Anschrift zu senden:

United Nations — Focal point for delisting
Security Council Subsidiary Organs Branch
Room S-3055 E
New York, NY 10017
UNITED STATES OF AMERICA

⁽¹⁾ ABl. L 127 vom 15.5.2008, S. 84.

Informationen hierzu finden Sie im Internet unter der Adresse: <http://www.un.org/sc/committees/dfp.shtml>

3. Im Anschluss an die unter Punkt 2 genannten Beschlüsse der Vereinten Nationen hat die Kommission die Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 ⁽¹⁾ angenommen, mit der Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen ⁽²⁾, geändert wird.

Daher finden die folgenden Maßnahmen der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 auf die betreffenden natürlichen Personen Anwendung:

- a) das Einfrieren aller Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen, die ihnen gehören oder in ihrem Eigentum stehen oder von ihnen verwahrt werden, und die Vorschrift, dass Gelder und wirtschaftliche Ressourcen ihnen weder direkt noch indirekt zur Verfügung gestellt werden oder zugute kommen dürfen (Artikel 2), und
- b) das Verbot, wissentlich und vorsätzlich an Aktivitäten teilzunehmen, mit denen unmittelbar oder mittelbar die Umgehung der unter Buchstabe a genannten Maßnahmen bezweckt oder bewirkt wird.

4. Die durch die Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 aufgrund des Beschlusses der Vereinten Nationen vom 1. Dezember 2010 in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates aufgenommenen natürlichen Personen können der Kommission ihren Standpunkt zu ihrer Aufnahme in die Liste mitteilen. Die Mitteilung ist an folgende Anschrift zu senden:

Europäische Kommission
'Restrictive measures'
Rue de la Loi/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

5. Die betroffenen natürlichen Personen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie die Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 unter den in Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

6. Die personenbezogenen Daten der in die Listen der Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 aufgenommenen natürlichen Personen werden im Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr ⁽³⁾ behandelt. Etwaige Anträge, z. B. auf Erteilung weiterer Informationen oder zur Ausübung der in der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 vorgesehenen Rechte (z. B. Einsicht oder Berichtigung persönlicher Daten), sind an die vorstehend unter Punkt 4 genannte Anschrift der Kommission zu richten.

7. Die in Anhang I aufgeführten natürlichen Personen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten, die in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 aufgeführt sind, beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen für Grundausgaben oder für bestimmte Zahlungen gemäß Artikel 3 der Verordnung genehmigt wird.

⁽¹⁾ ABl. L 341 vom 23.12.2010, S. 11.

⁽²⁾ ABl. L 193 vom 23.7.2005, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2010/C 352/13	Aufforderung zur Bewerbung im Rahmen des Arbeitsprogramms für das gemeinsame Programm Eurostars	14

VERFAHREN ZUR DURCHFÜHRUNG DER GEMEINSAMEN HANDELSPOLITIK

Europäische Kommission

2010/C 352/14	Bekanntmachung des bevorstehenden Außerkrafttretens bestimmter Antidumpingmaßnahmen	15
---------------	-------------------------------------------------------------------------------------------	----

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2010/C 352/15	Beschluss Nr. 717 vom 4. Oktober 2010 zur Eröffnung des Verfahrens für die Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Erdöl und Erdgas — Bodenschätze gemäß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 3 des Gesetzes über Bodenschätze — in „Block 1 Novi pasar“ in den Bezirken Rasgrad, Silistra, Dobritsch, Schumen und Warna, und für die Bekanntgabe der Ausschreibung zur Erteilung einer Genehmigung	16
2010/C 352/16	Beschluss Nr. 767 vom 22. Oktober 2010 zur Eröffnung des Verfahrens für die Erteilung einer Genehmigung zur Prospektion und Exploration von Erdöl und Erdgas — Bodenschätze gemäß Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 3 des Gesetzes über Bodenschätze — in „Block 2 Silistra“ in den Bezirken Silistra und Dobritsch und für die Bekanntgabe der Ausschreibung zur Erteilung einer Genehmigung	19
2010/C 352/17	Staatliche Beihilfen — Schweden — Staatliche Beihilfe C 29/10 (ex NN 42/10) — Mutmaßlicher Verkauf von öffentlichem Eigentum unter Marktpreis durch die Stadt Vänersborg — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV ⁽¹⁾	22

SONSTIGE RECHTSHANDLUNGEN

Europäische Kommission

2010/C 352/18	Mitteilung an die Personen und Organisationen, die nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 1250/2010 der Kommission in die Liste nach Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 1183/2005 des Rates über die Anwendung spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen Personen, die gegen das Waffenembargo betreffend die Demokratische Republik Kongo verstoßen, aufgenommen wurden	27
---------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

Abonnementpreise 2010 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papierausgabe + jährliche CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) CD-ROM	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, CD-ROM, 2 Ausgaben pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen CD-ROM.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Im Laufe des Jahres 2010 wird das Format CD-ROM durch das Format DVD ersetzt.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>

